



elan

Wahlprogramm **2024**



KELMIS
NEU-MORESNET
HERGENRATH

GRUNDSÄTZLICHES

elan ist eine freie Liste für Kelmis, Hergenrath und Neu-Moresnet. Unsere Mitglieder kommen aus verschiedenen politischen Familien und möchten sich konstruktiv und lösungsorientiert für die Gemeinde einsetzen.

elan ist lebenserfahren und bodenständig.

Zu unseren wichtigsten Werten gehört der Zusammenhalt von Familie, Freunden und Gemeinschaft. Um unseren Kindern ein gesundes und lebenswertes Zuhause zu hinterlassen, möchten wir etwas verändern.

Wir engagieren uns auch ohne politisches Mandat in der Vereinswelt, dem Sport oder dem Karneval. Je nach ihren individuellen Möglichkeiten investieren unsere Mitglieder hierbei mal mehr, mal weniger Zeit.

Wir sind von der Wichtigkeit überzeugt, uns für die Demokratie einzusetzen und politische Themen innerhalb und über die Gemeinde hinaus offen zu adressieren. Stets und in jedem Fall sollen sich unsere Bürgerinnen und Bürger sicher und ernstgenommen fühlen.

Wir sind zuversichtlich, mit unserem Engagement etwas verändern zu können. Klüngeleien und eigeninteressierte Machtkämpfe lehnen wir hierbei explizit ab.

Unsere Heimatgemeinde ist selbstbewusst und jeck. Sie verfügt über eine einzigartige Geschichte. Hierauf wollen wir gezielt aufbauen, unsere Alleinstellungsmerkmale vermarkten und unsere Gemeinde noch lebendiger machen.

Zu den Stärken unserer Gemeinde gehören nicht zuletzt die Mehrsprachigkeit und Grenznähe.

Oberste Priorität für die bevorstehende Legislaturperiode hat für uns die Finanzsituation der Gemeinde. Diese wird in einem eigenen umfangreichen Kapitel behandelt und fließt querschnittlich in zahlreiche weitere Kapitel ein. Darüber hinaus beschreiben wir unsere Ziele in den Bereichen Demokratie, Engagement und Beteiligung, Bildung und Kinderbetreuung, Raumordnung und Wohnungsbau, Mobilität und Straßenbau, Wirtschaft, Einzelhandel und Horeca, Infrastruktur, Umwelt, Klima und Energie, Zusammenleben, Sicherheit, Tourismus, Gesundheit und Soziales, Jugend, Sport und Freizeitangebote, Kultur, Vereinsleben und Karneval, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgernähe.

FINANZPOLITIK

Die Finanzsituation der Gemeinde Kelmis ist sehr ernst. Der laufende Haushalt der Gemeinde weist ein strukturelles Defizit auf, was gegen die geltenden dekretalen Vorschriften verstößt und die Gemeinde in eine ernsthafte Schieflage zu bringen droht.

2022 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft vor diesem Hintergrund erstmals ein zinsloses Darlehen an eine Gemeinde vergeben. Die Gemeinde Kelmis hat Mittel in Höhe von 3 Mio. EUR erhalten, um ihr Defizit zeitweise abzufedern. Gleichzeitig wurden der Gemeinde 2023 seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft über 12 Mio. EUR zur Bewältigung von Infrastrukturprojekten bereitgestellt. Hierbei handelte es sich im Gemeindevergleich um die höchste gewährte Zuschusssumme im beschriebenen Jahr.

Aufgrund der anhaltend schlechten Haushaltssituation der Gemeinde beauftragte die Deutschsprachige Gemeinschaft 2023 die wallonische Kontrollbehörde CRAC mit einem umfangreichen Audit der Gemeindefinanzen. Es gilt nun, die Empfehlungen der CRAC umzusetzen, um den Haushalt der Gemeinde nachhaltig wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

In diesem Sinne werden wir:

Grundsätzliches

- die Finanzpolitik der Gemeinde zu einer absoluten Priorität machen und hierüber transparent mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. Großprojekte und parteipolitische Versprechungen sind zum aktuellen Zeitpunkt unrealistisch und unseriös. Gleichzeitig wollen wir die Bürgerinnen und Bürger bei der Ausarbeitung zukünftiger Projekte der Gemeinde einbeziehen, sobald die finanzielle Lage dies wieder ermöglicht;
- die Einnahmen- und Ausgabensituation der Gemeinde eingehend nach Optimierungspotenzialen durchsuchen. Hierzu ziehen wir die Empfehlungen des CRAC zurate;
- einen Wiederaufbauplan für Kelmis auferlegen mit dem Ziel, unsere Gemeinde wieder auf sichere Füße zu stellen;

In Bezug auf Dotationen

- eine Verhandlung mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den anderen deutschsprachigen Gemeinden über eine Neuverteilung des Gemeindefonds aufnehmen. Es muss uns klar sein, dass diese Maßnahme allein nicht ausreichend sein wird und unsere Eigenverantwortung innerhalb der Gemeinde nicht vollends kompensieren kann;

In Bezug auf gemeindeübergreifende Synergien

- uns für ein gemeinsames Schatzamt auf Ebene mehrerer oder aller Gemeinden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einsetzen. Dies hat den Vorteil, fluktuierende Liquiditätssituationen in den einzelnen Gemeinden solidarisch und nach festgelegten Mechanismen abfedern zu können. Die Gemeinde verliert dadurch nicht ihre Finanzautonomie;
- proaktiv nach Zusammenarbeitspotenzialen mit unseren Nachbargemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft suchen und diese aktivieren (z. B. IT-Abteilung, Projektkoordinatoren, selten verwendete Geräte). Die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden hierbei nicht beeinträchtigt sondern tendenziell sogar verbessert;

In Bezug auf durch die Gemeinde erbrachte Dienstleistungen

- die Kosten jeder Dienstleistung systematisch analysieren und nach Möglichkeit senken. Die Qualität der Dienstleistungen soll hierbei nicht beeinträchtigt werden;
- eine jährliche Indexierung der verschiedenen Dienstleistungs- und Miettarife sicherstellen;

In Bezug auf die Erhebung von Steuern

- die Einziehungsquote verbessern;
- die Steuersätze der Zusatzsteuern und anderer kommunaler Steuern und Gebühren im gemeindeübergreifenden Vergleich stetig überprüfen;
- die Verwaltungskosten für die Beibehaltung einer Steuer im Verhältnis zu ihrem Ertrag bewerten;
- Im Bereich der Grundsteuer die Übermittlung von Informationen an die Katasterverwaltung systematisieren, um eine stetige Aktualisierung der Katastermatrizen zu ermöglichen;

In Bezug auf die Verwaltung

Wir wollen die Gemeindeverwaltung als attraktiven und effizienten Arbeitgeber positionieren. Eine effiziente Verwaltung lebt wiederum von der Motivation und dem Teamgeist ihrer Mitarbeitenden. Deshalb setzen wir in all unseren Maßnahmen im Bereich Verwaltung auf die konstruktive Einbeziehung aller Mitarbeitenden und auf deren individuelle Entfaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz.

- die Personalverwaltung von Gemeinde, ÖSHZ und die Autonome Gemeinderegie bündeln;
- die Lohnmasse stabilisieren und einen mehrjährigen Einstellungsplan aufstellen, der eine langfristige Vision für das Personalmanagement bietet;
- Nettokosten nach Diensten ermitteln, um deren Organisation zu optimieren und außergewöhnliche Auf- oder Abwärtsentwicklungen erkennen zu können;
- Abgänge in den Ruhestand zeitweise nicht mehr systematisch ersetzen, mit Ausnahme von Stellen, die für das reibungslose Funktionieren des Dienstes unerlässlich sind;
- eine Bestandsaufnahme der Aufgaben jedes Mitarbeiters in einem Dienst vornehmen, wenn ein Abgang in den Ruhestand angekündigt wird. Folglich können die tatsächlichen Bedarfe jedes Dienstes in Bezug auf Profile, Erfahrungen und Personalstärke bewertet werden;
- eine Kultur der Dienstopтимierung im Zuge von natürlichen Abgängen einführen: vor dem Ausscheiden eines Bediensteten in den Ruhestand werden notwendige Wissenstransfers antizipiert und Optimierungs- und Synergiepotenziale systematisch erfasst;
- ein Ausbildungsprogramm für alle Mitarbeitenden in Zusammenarbeit von Gemeinde, ÖSHZ und Autonomer Gemeinderegie entwickeln, das mit dem Einstellungsplan, dem Personalbedarf und den individuellen Wünschen der Mitarbeitenden verknüpft ist;
- ein "Zero-based Budgeting" aufstellen, d. h. in allen Diensten jährlich mit einem weißen Blatt Papier beginnen: alle anzuberaumenden Kosten müssen rechtfertigt werden;
- die Arbeit der größten Überstundenleister nach Möglichkeit neu organisieren;
- Für die unentgeltlich zur Verfügung gestellten Bediensteten an das ÖSHZ und die Autonome Gemeinderegie die kommunalen Zuweisungen anpassen;
- Arbeitszeiten und Arbeitsplätze zeitgemäß modernisieren;
- Arbeitsunfälle durch die Umsetzung einer wirksamen Präventionspolitik reduzieren;
- Kosten für Vertretungen feststellen;
- Überstunden nach Möglichkeit vermeiden. Hierzu wollen wir eine Obergrenze für die Anzahl der Überstunden in einem bestimmten Zeitraum festlegen. Der Abbau von Überstunden soll zu bestimmten Zeiten erfolgen, um die Kontinuität und das reibungslose Funktionieren des Dienstes nicht zu beeinträchtigen;
- die Verwaltungsordnung überarbeiten in Bezug auf die Bestimmung, dass ab 15 Minuten, die außerhalb der normalen Arbeitszeit geleistet werden, eine Stunde automatisch abgegolten wird, gegebenenfalls zuzüglich eines prozentualen Zuschlags;
- das Konzept des unvorhergesehenen Rückrufs prüfen (Ein Reinigungsauftrag nach einem Gemeindefest stellt keinen unvorhergesehenen außerordentlichen Wochenendauftrag dar);
- Für Überstunden, die in Abend-, Nacht- und Wochenendschichten geleistet werden, nach Möglichkeit eine Pauschalisierung einführen;
- die Anzahl der Arbeiter im Bereitschaftsdienst beschränken;

- die Hauptursachen für Nacht- und Wochenendeinsätze untersuchen (Probleme mit Alarmanlagen, Wasseraustritt, umstürzende Bäume usw.). Dazu werden wir ein Monitoring der Nacht- und Wochenendeinsätze und Interventionen über einen aussagekräftigen Zeitraum durchführen. Ausgehend von diesen Feststellungen müssen Überlegungen zu den Ursachen für Nacht- und Wochenendeinsätze angestellt werden, um diese zu verringern. Ferner werden wir ein System von "Einsatzbriefen" einführen, auf denen der Bedienstete die während des Nacht- und Wochenendeinsatzes durchgeführten Arbeiten begründet und die dem Generaldirektor zur Validierung übermittelt werden;
- die Verwaltung des Fuhrparks optimieren;
- die Arbeit des Umweltberaters optimieren;
- Pauschalentschädigungen für außergewöhnliche Einsätze von Gemeindebeamten einführen;
- Doppelbesetzungen vermeiden;
- Im Sinne der Mitarbeitenden Überlegungen über die Ursachen von Langzeitabwesenheiten einleiten und diesen möglichst vorbeugen;
- so weit wie möglich auf subventioniertes Personal zurückgreifen;
- einen gemeinsamen Mitarbeiterpool für Gemeinde, ÖSHZ und Autonome Gemeinderegion für die Abteilungen Bauarbeiten, Informatik, öffentliches Beschaffungswesen, Wartung usw. bilden;
- systematisch nach den kostengünstigsten Funktionsweisen suchen;
- Sammeleinkäufe anberaumen, um durch die Erzielung von Skaleneffekten Einsparungen zu erzielen;
- die Kosten für Repräsentation und Empfänge begrenzen;
- soweit wie möglich die verfügbaren Mittel nach der Zwölfstel-Regel blockieren, um die Mittelbindungen auf den unbedingt notwendigen Bedarf zu beschränken;
- Betriebskosten in allen Bereichen möglichst begrenzen (Bekleidungskosten eingrenzen, Kilometerpauschalen vermeiden und Reisekosten von Belegen abhängig machen, die vom Vorgesetzten geprüft werden usw.);
- Druckkosten begrenzen;
- die Digitalisierung zur Begrenzung der Betriebskosten nutzen (Informatisierung von Verfahren, elektronische Rechnungsstellung usw.). Hierbei sollten Synergien mit dem Fachbereich Informatik des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesucht werden;
- Postversände begrenzen und nach Möglichkeit auf E-Mailversände umstellen;
- die Einrichtung einer gemeinsamen Telefonzentrale für Gemeinde, ÖSHZ und Autonome Gemeinderegion prüfen;
- Bei der Erstellung jedes Haushalts die Angaben zum Verantwortlichkeitsbeitrag auf der Website des FÖD Pensionen überprüfen, um realistische Planungen zu erstellen;
- Neue Zusammenarbeitspotenziale mit Sozialbetrieben prüfen (z. B. beim Unterhalt der Friedhöfe);

In Bezug auf Interkommunale

- die Ergebnisse und Prognosen der Interkommunalen regelmäßig prüfen, um die neuesten Informationen, die sich auf die Gemeindefinanzen auswirken, sowohl während des Haushaltsjahres als auch bei der Haushaltsplanung und beim Rechnungsabschluss für die Ergebnisrechnung zu berücksichtigen;

In Bezug auf Anleihen

- das aktive Schuldenmanagement optimieren: einen mehrjährigen Investitionsplan unter Berücksichtigung der Investitionsfähigkeit der Gemeinde aufstellen, um die Schuldenlast langfristig zu kontrollieren;
- die Schuldeneinnahmen über die kurzfristige Anlage von noch nicht verwendeten Anleihen und erhaltenen Zuschüssen optimieren;
- Krediteröffnungen zum günstigsten Zeitpunkt je nach Konjunkturlage konsolidieren;
- das Schuldenprofil analysieren und das Portfolio diversifizieren, um die Risiken zu minimieren;
- die Entwicklung des Schuldenstands und der Schuldenlast eng überwachen;
- die Möglichkeiten und die Zweckmäßigkeit einer Neuverhandlung des Zinssatzes eines Kredits auf der Grundlage der Vertragsbedingungen und des Marktzinses ermitteln, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Zinsentwicklung und dem nicht unerheblichen Anteil an nicht festverzinslichen Verbindlichkeiten;
- etwaige vorzeitige Rückzahlungen am Jahrestag der Änderung des variablen Zinssatzes des Kredits vornehmen;
- die Verfolgung von Schuldenlasten, die sich auf außerordentliche, fremdfinanzierte Ausgaben beziehen, gewährleisten;
- die Schuldenlast durch die Planung außerordentlicher Projekte langfristig stabilisieren;
- den Grundsatz der Nichtverlängerung von Krediten verfolgen, die bereits bei früheren Transaktionen verlängert wurden und dadurch bereits die Nutzungsdauer des betreffenden Gutes überschritten haben;
- die Zweckmäßigkeit prüfen, die Salden bestimmter Anleihen ohne Kreditausfallentschädigung zurückzuzahlen, indem ein Teil der Boni aus früheren Haushaltsjahren verwendet wird;
- die ausstehenden Schulden in Bezug auf ein Gut ermitteln, das aus der Bilanz des Unternehmens herausgenommen würde;
- eine enge Überwachung der Cashflow-Entwicklung einführen, aber auch die Verwaltung der Bankkonten rationalisieren und alle frei verfügbaren Finanzressourcen auf der Ebene der Gemeinde und der AGR/ÖSHZ mobilisieren sowie den Cashflow-Bedarf in Zusammenarbeit mit der AGR/ÖSHZ für mindestens ein Jahr planen. Zu diesem Zweck ist es sinnvoll, Cashflow-Vereinbarungen zu treffen und ein System zur Abwicklung der kommunalen Zuweisungen einzuführen, das mit dem Bedarf der begünstigten Dienste übereinstimmt und auf die Aufrechterhaltung eines stabilen Cashflows abzielt.
- die Prognose der Zinskosten wie folgt verbuchen: 6 Monate für neue Kredite, die im Laufe des Haushaltsjahres für nicht geförderte Investitionen aufgenommen werden; 3 Monate für neue Kredite, die im Laufe des Haushaltsjahres für geförderte Investitionen aufgenommen werden.

In Bezug auf die Autonomie Gemeinderegie (AGR) und das ÖSHZ

- kommunale Zuweisungen darauf beschränken, etwaige Defizite auszugleichen. Das Budget der AGR/ÖSHZ sollte nicht auf der Grundlage der kommunalen Zuweisungen, sondern auf der Grundlage ihrer eigenen Mittel und Prioritäten erstellt werden;
- Eventuelle Boni, die auf Ebene der AGR/ÖSHZ festgestellt werden, dazu verwenden, die Zuweisung beizubehalten oder sogar zu senken, um zur Aufrechterhaltung eines strukturellen Gleichgewichts beizutragen und so die Entwicklung der Gemeindezuweisungen mittels einer kontrollierten Entwicklung des Haushaltspfads zu glätten;

- die Erhöhung der Gemeindezuweisungen an das ÖSHZ so weit wie möglich auf die Erhöhung der Sozialhilfe und der sozio-professionellen Wiedereingliederung, d. h. auf die Nettokosten der vorrangigen Aufgaben des ÖSHZ, beschränken. Jede weitere Erhöhung muss durch die Umsetzung von Verwaltungsmaßnahmen ausgeglichen werden. In diesem Zusammenhang sollte das ÖSHZ einen Fünfjahrespfad erstellen, um den Anstieg der Sozialhilfe und der sozioprofessionellen Wiedereingliederung zu objektivieren und folglich die Entwicklung der Gemeindezuweisungen unter Kontrolle zu halten;
- die Strategie und Prozesse auf Ebene der Gemeinde, des ÖSHZ und der AGR aufeinander abstimmen, um die Entwicklung von Zusammenarbeit und Synergien zu fördern;
- Kriterien zur Hinzuziehung von Rechtsbeiständen festlegen;
- klare Prozesse und Rahmenbedingungen für die Gewährung rückforderbarer Sozialleistungen sowie die Art dieser Leistungen und ihre Rückforderung festlegen, um die Rückforderung zu optimieren;
- die Kontrolle von Sozialhilfeansprüchen verstärken;
- die Überprüfung der Erstattungen der Krankenhilfe an Krankenhäuser verbessern;
- Verfahren zur Zahlungsaufforderung an andere Stellen beschleunigen;
- Verfahren zur Inanspruchnahme von Unterhaltspflichtigen beschleunigen;
- soziale Untersuchungen vorzugsweise in der Behörde statt am Wohnort des Betroffenen abhalten und Sozialarbeiter mit Laptops ausstatten, um aufwändige Nachprotokollierungen zu vermeiden;
- in Bezug auf Mietgarantien: einen Inspektor verpflichten, der die Bewohnbarkeit der Wohnungen überprüft. Wenn der Leistungsempfänger eine Wohnung akzeptiert, obwohl der Inspektor einen negativen Bericht über die vermietete Wohnung erstellt hat, erhält er keine Unterstützung vom ÖSHZ;
- die maximale Anzahl von beruflichen Eingliederungen (Art.60§7) in Abhängigkeit der Haushaltskapazität des ÖSHZ festzulegen und Unternehmen und gemeinnützige Organisationen an den tatsächlichen Kosten entsprechender Aufwendungen beteiligen;
- die Möglichkeit einer Vereinbarung mit Kathleos über die kostengünstigere Lieferung bzw. Verteilung von Mahlzeiten prüfen;
- maximale Defizite für die einzelnen Aktivitäten der AGR festlegen.

In Bezug auf Kirchenfabriken

- die Kirchenfabriken auffordern, ihre Vermögen offenzulegen;
- ein jährliches Gesamtbudget für alle Fabriken festlegen, das mit einem maximalen Entwicklungskoeffizienten (0,00 bis 1,00%/Jahr) festgelegt wird;
- die Vertreter der Kirchenfabriken für die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde sensibilisieren und ihnen vermitteln, dass sie ihre Finanzen verwalten sollten, indem sie insbesondere ihre Rücklagen und ihr Immobilienvermögen nutzen, bevor sie den Gemeindehaushalt in Anspruch nehmen;
- den Stand der Reserven und die Inflation der Energiekosten parallel zur Belegung der verschiedenen Standorte verfolgen.

DEMOKRATIE, ENGAGEMENT UND BETEILIGUNG

Eine Gemeinde lebt vom Engagement und der Solidarität der Menschen, die sie beheimatet. Dies gilt besonders für die Gemeinde Kelmis. Unsere Gemeinde weiterzuentwickeln, bedeutet daher, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und den Menschen glaubhaft zu vermitteln, dass sie zur Weiterentwicklung ihrer Gemeinde konkret beitragen können.

Zu unseren Prioritäten gehört daher, Demokratie zu stärken und Engagement in all seinen Facetten zu unterstützen. Die Arbeit von Gemeinderat und -kollegium ist transparent, effizient und bürgerorientiert. Insbesondere die Arbeit in den Kommissionen möchten wir aufwerten und attraktiver machen. Ferner streben wir an, Ehrenamts- und Vereinsstrukturen zu unterstützen.

Daher werden wir:

- uns am weltweit anerkannten Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinschaft orientieren und prüfen, wie vergleichbare Modelle in Kelmis angewandt werden können;
- hierfür vorgesehene Fördermittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft nutzen, um neue Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Hierbei orientieren wir uns insbesondere an bewährten Beteiligungsformen wie den „town meetings“ in Teilen der USA. Diese 3-monatigen Beteiligungsforen richten sich an alle Bürgerinnen und Bürger und ersetzen schwerfällige Beiräte;
- die Arbeit der Gemeindekommissionen transparent und ergebnisorientiert wiederaufnehmen;
- prüfen, inwiefern wir Verwaltungsaufwände unserer Ehrenamtlichen und Vereine senken und ihre tägliche Arbeit unterstützen können. Hierzu werden wir uns konsequent dafür einsetzen, Beratungsangebote der DG auch in Kelmis nutzbar zu machen;
- Online-Informations- und Beteiligungsangebote zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erweitern;
- das Konzept „Kindergemeinderat“ in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ausbauen, so dass hieran auch Kinder teilnehmen können, die in Kelmis wohnen aber nicht hier zur Schule gehen;
- in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ein politisches Planspiel in Form eines Pilotprojekts in den Sekundarschulen auf den Weg bringen.

BILDUNG UND KINDERBETREUUNG

Investitionen in unsere Schulen sind Investitionen in unsere Zukunft. Kindern ein angemessenes und modernes Lernumfeld zur Verfügung zu stellen, bedingt deren persönliche Entwicklung und schafft die Voraussetzungen für ihre künftige berufliche Laufbahn. Das Prinzip lautet: die Schüler*innen von heute sind die Fachkräfte von morgen.

Kelmis verfügt über drei Schulen mit über 1.550 Schüler*innen. 2 der 3 Schulen stehen unter der Trägerschaft der Gemeinde. Sie erfüllen einen komplexen Bildungsauftrag und tragen hierbei den sich verändernden Bedarfen der Zeit Rechnung. Um dies zu erreichen, wollen wir uns eng an der Bildungsvision 2040 der Deutschsprachigen Gemeinschaft orientieren, die einen wissenschaftlich fundierten, kohärenten und zukunftsgerichteten Rahmen bildet.

Einen besonderen Stellenwert hat in der Grenzgemeinde Kelmis das effektive Erlernen von Fremdsprachen. Die Beherrschung von Deutsch, Französisch und, darüber hinaus,

Niederländisch und Englisch sind wichtige Voraussetzungen für die Verständigung mit unseren Nachbargemeinden und den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Mehrsprachigkeit ist unsere Stärke.

Wir werden in diesem Rahmen:

- Die Hochwertigkeit des hiesigen Bildungsangebots angesichts sich verändernder Anforderungen sicherstellen;
- Die Mehrsprachigkeit bei Kindern und Erwachsenen durch maßgeschneiderte Angebote fördern;
- Die Digitalisierung in der Schule fördern, sowohl auf Ebene der Lerninhalte als auch infrastrukturell;
- Unseren Lokaldialekt „Platt“ erhalten;
- Schnuppertage für Handwerksberufe einführen bzw. ausweiten;
- Hausaufgabenschule: vorhandene Projekte unterstützen und in Zusammenarbeit mit den Trägern neue Ideen einbringen;
- Altersgerechte fächerübergreifende Angebote der politischen Bildung umsetzen: Wie funktioniert die Gemeinde? Was ist Demokratie? Usw.;
- Moderne Infrastrukturen und Ausstattungen bereitstellen;
- Die Räumlichkeiten der außerschulischen Betreuung modernisieren;
- Benachteiligte Kinder im Sinne des sozialen Miteinanders verstärkt unterstützen und integrieren. Hierbei werden wir verstärkt die ÖSHZ-Fonds für benachteiligte Kinder nutzen;
- Mittagspausen durch Ateliers und Aktivitäten aufwerten;
- Die supra-lokale Zusammenarbeit in Querschnittsthemen und Projekten proaktiv vorantreiben (z. B. gemeinsame Projekte mit Nachbargemeinden);
- Synergien mit dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Blick auf den Abbau von Verwaltungsaufwand in der Gemeinde ausbauen;
- Das breite Ferienangebot sichtbar machen.

RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSBAU – BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Heute und in Zukunft gilt es, ausreichenden, ansprechenden und erschwinglichen Wohnraum zu garantieren. Hierzu bedarf es weitsichtiger und innovativer Maßnahmen seitens der Gemeinde, wobei eine effiziente Zusammenarbeit mit der Deutschsprachige Gemeinschaft unerlässlich ist.

Wir unterstützen das neue ÖWOB-Dekret, dessen roter Faden das Prinzip "Fördern und Fordern" abbildet. Ferner wollen eine bessere soziale Durchmischung des sozialen Wohnungsparks, wobei auch Haushalte der Mittelschicht die Möglichkeit haben müssen, bezahlbaren Wohnraum zu finden und langfristig die notwendigen Mittel zum Erwerb einer eigenen Immobilie ansparen zu können.

Wir sind überzeugt, dass das neue Prinzip der lokalen Bindung für eine gute Durchmischung sorgen wird. So wird ein Kontingent der ÖWOB-Wohnungen für Menschen vorgesehen, die innerhalb von zehn Jahren mindestens fünf Jahre in einer der neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelebt haben oder aktuell dort arbeiten.

Nicht zuletzt werden wir uns für eine bessere soziale Begleitung der Mieter*innen durch die ÖWOB einsetzen, um schneller auf Probleme reagieren zu können.

In diesem Sinne werden wir:

- uns ein für den Beibehalt des ländlichen Charakters unserer Gemeinde einsetzen;
- bezahlbaren Wohnraum über die Vermittlung öffentlicher Grundstücke an junge Kelmiser Familien schaffen;
- die Bevölkerung aktiv in Entscheidungen über Großprojekte einbinden;
- uns für eine gerechte Vergabe der zu Verfügung stehenden Sozialwohnungen einsetzen;
- die Mixität in den Vierteln fördern;
- Leerstand beseitigen und hierzu eine Leerstandsteuer einführen;
- Renovierungen im Bestand fördern;
- uns im Sinne der hiesigen Bürger*innen aktiv in zukünftige Entwicklung der ÖWOB einbringen;
- die Zusammenarbeit zwischen ÖSHZ, ÖWOB, Gemeinde und allen relevanten Partnern im Sinne der Gemeindeinteressen fördern;
- die Schaffung von innovativen Co-Housing-Strukturen prüfen;
- proaktiv nach Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den Hochschulen in Aachen suchen, um absehbare Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt zu antizipieren und möglichst mitzugestalten;
- die Schaffung von Wohnraum für die Kelmiser Mittelschicht unterstützen;
- Unterstützungen für die Mittelschicht zum Erwerb eines Eigenheims in Kelmis implementieren.

MOBILITÄT & STRASSENBAU

Die Mobilität innerhalb einer Gemeinde ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität ihrer Bewohner*innen und die wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, die Schnittstellen zwischen verschiedenen Mobilitätsmodi zu identifizieren, Widersprüche zu eliminieren und eine kohärente Strategie zu entwickeln.

Hierbei gilt es, einen sinnvollen Spagat zwischen nachhaltiger Innovation und den tatsächlichen Bedarfen der Bürger*innen zu schlagen: während Fußgängerverkehr, Fahrrad und andere nachhaltige Fortbewegungsformen ein wichtiges Instrument für mehr Nachhaltigkeit darstellen, sind diese nicht in allen Fällen geeignet (z. B. Fahrt Wolfsheide Hergenrath zum Kirchplatz Kelmis für Einkäufe).

Ferner sollten neue Angebote wie Radwege, E-Ladeinfrastrukturen, usw. zwingend gemeindeübergreifend konzipiert werden. Der integrierte Energie- und Klimaplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann hier einen zielführenden Hebel darstellen, ähnlich wie die grenzüberschreitenden Mobilitätsforen und -projekte der Euregio Maas-Rhein.

Auf Basis des bestehenden Mobilitätsplans der Gemeinde (2024) werden wir verschiedene Maßnahmen zur Förderung alternativer Mobilitätsformen umsetzen. Hierbei gelten folgende Prioritäten: Sicherheit, niederschwellige Maßnahmen, bezuschussbare Maßnahmen.

Wir werden in diesem Sinne:

- die geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen im Sinne der allgemeinen Verkehrssicherheit rigoros kontrollieren;
- eine allgemeine Beschränkung auf Tempo 30 im Kelmiser Ortskern (Die "Acht") einführen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern;
- Die Sicherheit der Schülermobilität verbessern, u. A. pilotweise Einrichtung von Kiss&Ride Parkplätzen im Umfeld der Schulen;
- Die Ortseingänge sicherer und attraktiver gestalten;
- Sichere Zugänglichkeit der gesamten Gemeinde für Personen mit eingeschränkter Mobilität verbessern (z. B. angemessene Bürgersteige);
- die im Mobilitätsplan der Gemeinde vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre Machbarkeit und Finanzierbarkeit prüfen;
- uns für den Erhalt oder eine vernünftige Alternative für den Bahnübergang 58 am Lüerweg einsetzen;

Auf Basis des Mobilitätsplans

- Einrichtung einer Mobilitätstaskforce in Zusammenarbeit mit hiesigen Geschäftsleuten, Expert*innen der Gemeinde, der übergeordneten Behörden, relevanten Partnern (z. B. VoG Fahr mit) und interessierten Bürger*innen aus verschiedenen Ortsteilen;
- Fahrradinfrastrukturen verbessern und eine gemeindeübergreifende Fahrradmobilität durch kohärente Radwege abseits der zentralen Verkehrsachsen ermöglichen. Hierzu kann in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden das Radverkehrskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft herangezogen werden;
- Förderung der E-Bike-Mobilität durch die Einrichtung von Ladestationen an strategischen Punkten (z. B. Museum, Bahnhof, Koul, ...). In diesem Zusammenhang werden wir die Studie zur Einrichtung einer E-Bikeinfrastruktur in den Nord-Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft heranziehen und proaktiv nach Partnerschaften mit den Nachbargemeinden suchen;
- Zugänglichkeit des Bahnhofs Hergenrath verbessern;
- Die Parkplatzorientierung verbessern und übersichtlicher gestalten. Die bestehenden Parkplätze auf dem Kirchplatz werden wir bedarfsbedingt erhalten und gleichzeitig Parkplätze auf dem Galmeiplatz und hinter dem Restaurant Babylon (Lütticher Straße) kohärent in den Gesamtkontext einplanen. Insbesondere für Personen mit eingeschränkter Mobilität müssen in jedem Fall angemessene Parkplatzangebote zur Verfügung stehen;
- Innovative Mobilitätsangebote (z. B. Car Sharing, Beispiel St. Vith) in Zusammenarbeit mit der VoG Fahr mit und den Nachbargemeinden fördern. Gemeindefahrzeuge werden wir nach dem Beispiel der Gemeinde Walhain außerhalb der Dienstzeiten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen;
- Verhandlungen mit TEC/Aseag, um die Nutzung von Bussen für Kurzstrecken attraktiver zu gestalten und die Barrierefreiheit an Haltestellen zu verbessern;
- Möglichst frühzeitige Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer.

Hinsichtlich der im Mobilitätsplan vorgeschlagenen Umleitung des Transitverkehrs aus Moresnet durch Wohnviertel (Heygraben) erscheint uns ein intensiver Austausch mit den betroffenen Bürger*innen unerlässlich.

Ebenso werden wir anderweitige Neuerungen und Änderungen im Kelmiser Straßennetz mit der Bevölkerung diskutieren und mit den Subventionen der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft umsetzen. Auch dies ist ein Werkzeug, um Maßnahmen gegen den Klimawandel einzuleiten.

Im Bereich Straßenbau werden wir:

- einen priorisierten Straßenbauplan auflegen, der den dringendsten Reparaturbedarfen und den Finanzzwängen der Gemeinde Rechnung trägt und eine langfristige Perspektive abbildet. Etwaige Baumaßnahmen sollen dennoch qualitativ hochwertig ausgeführt werden, so dass Arbeiten nicht bereits nach kurzer Zeit wiederholt werden müssen;
- neue Straßenbaumaßnahmen streng an den einschlägigen Kriterien der Barrierefreiheit ausrichten.

WIRTSCHAFT, EINZELHANDEL & HORECA

Die Entwicklung einer Gemeinde steht an der Schnittstelle zwischen wirtschaftlichem Wachstum und dem Erhalt eines lebenswerten natürlichen Umfelds für die Bürger*innen. Wirtschaft und Einzelhandel schaffen Attraktivität, Wertschöpfung und Arbeitsplätze, während insbesondere touristische Angebote aus dem Reichtum natürlicher Ressourcen schöpfen. Unser Fokus liegt in diesem Sinne auf der Förderung des Einzelhandels und des Tourismus, wobei Maßnahmen wie die Aufwertung von touristischen Einrichtungen und die Neugestaltung des Kirchplatzes als attraktiver Dorfkern priorisiert werden.

Aufgrund dieser Prämissen werden wir:

- Maßnahmen ergreifen, um die Sichtbarkeit lokaler Betriebe zu erhöhen und den Einzelhandel zu unterstützen, wobei darauf geachtet wird, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und Erhaltung des lokalen Charmes gewährleistet wird
- Die Lütticherstraße als Erstkontakfläche für Touristen und potenzielle Kunden attraktiver gestalten;
- Fördermöglichkeiten und Unterstützungen für junge Selbstständige und Geschäftsleute vermitteln;
- Verkaufsflächen für lokale Produkte (Tante-Emma-Läden) nach Möglichkeit unterstützen. Hierzu orientieren wir uns an bestehenden Konzepten aus den Nachbargemeinden;
- Eine Gewerbezone an der Lütticher Straße schaffen, um die Sichtbarkeit lokaler Betriebe zu erhöhen und Kelmis als Wirtschaftsstandort zu stärken, was wiederum die Arbeitslosenquote senken und lokale Arbeitsplätze schaffen soll;
- Ein neues Konzept für den Select entwickeln und in öffentlich-privater Partnerschaft umsetzen;
- Uns für die Aufrechterhaltung angemessener und barrierefreier Bankautomatenangebote einsetzen;
- Den Ausbau des Glasfasernetzes durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in der gesamten Gemeinde konsequent unterstützen. Vor allem Betriebe müssen möglichst zeitnah mit leistungsfähigen Internetzugängen ausgestattet werden.



INFRASTRUKTUR

Die Verfügbarkeit angemessener Infrastrukturen bedingt die Zukunftsfähigkeit öffentlicher Dienstleistungen auf dem Gemeindegebiet. Ob Verwaltungsleistungen, Bildung, außerschulische Betreuung, Kultur und Sport, Gesundheit und Pflege, Mobilität, usw.: zeitgemäße Infrastrukturen ermöglichen hochwertige Angebote und machen die Gemeinde attraktiv.

Jedoch muss 2024 bei der Ausarbeitung einer Infrastrukturstrategie die kritische Finanzlage der Gemeinde stets mitgedacht werden. Zu einer seriösen Politikgestaltung gehört, klar einzugestehen, dass wünschenswerte Großprojekte derzeit nicht oder nur mit wesentlicher externer Unterstützung realisierbar sind.

Dennoch gilt es, den Infrastrukturbestand durchgehend aufzuwerten, um drastische Schäden und Abwertungen frühzeitig zu vermeiden und den Anforderungen der Energie- und Klimateffizienz zu begegnen. Die Infrastruktur der Gemeinde muss in allen Bereichen überprüft und eingeordnet werden. Hierbei muss angesichts der Finanzlage differenziert werden zwischen den Bedarfen der Bausubstanz einerseits und der Priorität des Infrastrukturzwecks andererseits.

Wir werden:

- aufgrund der erfolgreichen Erfahrungen der Gemeinde Büllingen: die Durchführbarkeit eines Crowdfunding-Projekts zur Errichtung eines neuen Dorfsaals in Hergenrath prüfen und hierbei die vor Ort betroffenen Vereine einbeziehen;
- einen nach Dringlichkeit priorisierten, 10-jährigen Investitionsplan für die Gemeindeinfrastrukturen auf den Weg bringen und umsetzen;
- eine Studie über eine mögliche Rationalisierung der Gebäude oder eine Optimierung der Gebäudenutzung durchführen;
- parallel zur Bestandsaufnahme ein Energieaudit der verschiedenen Verbräuche erstellen, auf dessen Grundlage die Gemeinde ihre künftigen außerordentlichen Belastungen mittels einer Liste vorrangig in Betracht zu ziehender Arbeiten antizipieren kann (in Verbindung mit dem Energieberater usw.);
- ein Warnsystem installieren, um die Risiken eines übermäßigen Verbrauchs (Wasserlecks usw.) zu minimieren;
- Versicherungsverträge und verschiedene Rechnungen anpassen, wenn sich die Größe des Gebäudebestands, energiesparende Investitionen und der Zustand des Gebäudes ändern;
- Miettarife anpassen (Immobilien, Gemeinde- und Sporthallen usw.): eine jährliche Indexierung auf der Grundlage der Entwicklung der Energiekosten systematisieren, dabei eine Reinigungspauschale berücksichtigen und Befreiungen vermeiden (außer im Rahmen von Synergien);
- Budgetzähler oder individuelle Zähler in Übergangs- und Notunterkünften installieren;
- die Patronage und das Kulturzentrum Select im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde prioritär aufwerten;
- Weiterhin nach privaten Investoren zur Aufwertung des Parkcafés suchen. Hierzu wollen wir die Projektentwicklung rund um die Eyneburg gezielt nutzen;
- die Energieeffizienz aller Gemeindeinfrastrukturen mithilfe der Mittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft für energetische Pilotprojekte systematisch erfassen und gezielt aufwerten;

- öffentlich-private Partnerschaften für eine langfristig optimale Nutzung von Gemeindeinfrastrukturen anberaumen;
- gemeindeübergreifende Kooperationen bez. des Betriebs von Infrastrukturen mit supra-lokaler Ausstrahlung anberaumen (z. B. Museum, Schwimmbad, ...);
- nur in absoluten Einzelfällen Veräußerungen von Gemeindeinfrastrukturen zu Finanzzwecken genehmigen. Entsprechende Finanzoperationen gelten als "One Shots" und können nicht weder als nachhaltig noch als langfristig rentabel erachtet werden;
- im Rahmen der Bereitstellung von Gebäuden die Kosten für Strom, Gas usw. an die Nutznießer übertragen.

UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

Klima, Umweltschutz und nachhaltige Energiegewinnung gehören zu unseren zentralen Anliegen. Trotz der dichten Besiedlung setzt sich die Gemeinde für den Schutz ihrer grünen Gebiete ein und erkennt die Bedeutung des Umwelt- und Naturschutzes über den Erhalt dieser Flächen hinaus. Wir streben energieeffiziente Lösungen an, um die Umwelt zu schonen und die Gemeindefinanzen nicht unnötig zu belasten. Dabei ist unser Ziel, mittelfristig zu 100% auf regenerative Energien umzusteigen und langfristig eine energieautarke Gemeinde zu werden.

Konkret werden wir folgende Ziele mit Nachdruck verfolgen:

- den integrierten Energie- und Klimaplan 2030 der Deutschsprachigen Gemeinschaft in allen relevanten Zuständigkeitsbereichen der Gemeinde umsetzen;
- allgemeine Arbeiten im Bereich des Energieverbrauchs einleiten und/oder fortsetzen, um diesen zu senken;
- Die Dienstleiter in Bezug auf Energieeinsparung, Papiereinsparung usw. sensibilisieren;
- ein Energieaudit der verschiedenen Verbräuche durchführen und ein Energieeffizienzprogramm auflegen, in dem die verschiedenen in Betracht zu ziehenden energiesparenden Investitionen aufgelistet werden;
- eine monatliche Kontrolle und Überwachung des Verbrauchs (Energiekataster) erstellen: anzupassende Heizregulierungssysteme (z. B. Tag-/Nachtzeitplan je nach Gebäudetyp und für unbewohnte Gebäude), Isolierung der Leitungen, Dachisolierungen, Austausch bestimmter Beleuchtungskörper, Einsatz von Elektroheizungen als absolute Ausnahme, Beschränkung der Beleuchtung von Verwaltungsgebäuden auf die Zeiten, in denen sie genutzt werden, usw.;
- die tatsächlichen Verbräuche bei der Festlegung von Abschlagszahlungen auf Energierechnungen heranziehen, insbesondere bei Sammeleinkäufen;
- eine Rentabilitätsrechnung von energiesparenden Investitionen nach einem Jahr durchführen;
- eine bessere Kontrolle und monatliche Überwachung des Energieverbrauchs und der Energieabrechnungen durchführen;
- grünen Strom für alle kommunalen Einrichtungen verwenden, lokale Energieversorgung fördern und den Überschuss der lokalen Stromproduktion für E-Fahrzeuge nutzen;
- Uns für einen Schutz der hiesigen Umwelt und Biodiversität einsetzen. Hierbei orientieren wir uns an der durch die Gemeinde erarbeiteten Charta für mehr nachhaltiges Grün in Kelmis und am Kommunalen Naturentwicklungsplan;

- Mit dem Energieberater/manager der Gemeinde den Bürger*innen im Alltag dabei helfen, Energie im Haushalt einzusparen. In diesem Zusammenhang suchen wir proaktiv die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Energieeinkäufe von Gemeinde, ÖSHZ und Autonomer Gemeinderegie bündeln;
- Naturgebiete schützen und bei Bauanträgen nach Möglichkeit nachhaltige Ansätze einfordern, einschließlich Aspekten wie Regenwasser- und Grünmanagement, Energiegewinnung, Mobilität und Müllentsorgung;
- die Grünplanung bei allen großen Bauprojekten sicherstellen, um die Zerstückelung von Grünflächen zu vermeiden;
- die Anpflanzung heimischer Hecken und Bäume fördern, um die Biodiversität zu erhöhen;
- Flächenversiegelung im Sinne einer grünen Gemeinde möglichst eindämmen;
- für jedes Neugeborene einen Baum pflanzen und neue Lebensräume für Insekten und andere Tiere schaffen;
- uns vehement gegen den Zinkabbau in der Gemeinde einsetzen;
- private Projekte unterstützen, die den Naturschutz fördern;
- bei Veranstaltungen die Vermeidung von Müll fördern;
- die hohe Kelmiser Wasserqualität und die Autonomie im Wasservertrieb aufrechterhalten. Hierbei werden wir die Übertragung der Wasserversorgung, zwecks Kommerzialisierung, an die AGR prüfen. Letztere darf nicht zulasten der Wasserpreise für die Anwohner*innen der Gemeinde gehen.

ZUSAMMENLEBEN

Kelmis soll ein lebenswerter Ort für alle Generationen und Menschen bleiben. In diesem Sinne soll unsere Gemeinde nicht nur als Wohn- sondern als Lebensort verstanden werden. Dies wollen wir erreichen, indem wir ehrenamtliche Angebote und die reichhaltige Vereinswelt konsequent unterstützen und Orte der Begegnung wie Märkte, Konferenzen, Ateliers, usw. unterstützen oder selbst schaffen. Insgesamt stehen wir für ein offenes, tolerantes und lebenswertes Kelmis.

Richtig ist, dass die Vielfalt der Menschen, die in Kelmis leben und arbeiten, seit jeher ein prägendes Merkmal unserer Gemeinde darstellt. Bereits in Neutralitätszeiten war unser Gebiet durch die Heterogenität der hiesigen Bürger*innen gekennzeichnet, die unsere Geschichte und Identität bis heute prägt.

Gleichzeitig muss im Sinne des respektvollen Miteinanders sichergestellt werden, dass sich die Menschen vor Ort verständigen und auf praxistaugliche Ansätze des Miteinanders einigen können. Hierzu braucht es in jedem Fall sprachliche Grundvoraussetzungen (Deutsch- und/oder Französischkenntnisse) und angemessene Foren. Es braucht wirksame Rahmenbedingungen für ein respektvolles Miteinander.

Wohlbemerkt gelingt Zusammenleben nicht immer ohne Konflikte. Diese müssen jedoch in jedem Fall friedlich und im Dialog gelöst werden. In diesem Zusammenhang gilt für uns das Prinzip der Null-Toleranz: Gewalt, Vandalismus, illegaler Müllentsorgung und anderen Beeinträchtigungen des respektvollen Zusammenlebens werden wir entschieden entgegenwirken. Die angemessene Präsenz von Polizei- und Rettungsdiensten im öffentlichen Raum soll ein Klima der Sicherheit und des Vertrauens fördern.

Daher werden wir:

- die Vereinswelt als zentrale Orte des sozialen Miteinanders finanziell und logistisch unterstützen;
- Orte der Begegnung wie Märkte, Konferenzen, Ateliers, usw. schaffen bzw. entsprechende Initiativen der Zivilgesellschaft fördern;
- das Prinzip der gelebten Vielfalt durch passgenaue Foren (z. B. Beirat für Zusammenleben) unterstützen;
- verpflichtende und fakultative Angebote des Integrationsparcours der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Neuankommende umsetzen (z. B. Sprachkurse);
- sicherstellen, dass hiesige Bildungsangebote der steigenden Heterogenität der Schülerbevölkerung gerecht werden und in jedem Fall eine hohe Bildungsqualität gewährleistet werden kann;
- eine Sprechstunde einrichten, in der sowohl ausländische Mitbürger*innen als auch Einheimische von ihren Erfahrungen und Problemen im sozialen Miteinander berichten können. So wollen wir im stetigen Austausch mit den Bürger*innen bleiben, um Missstände aufdecken und verbessern können;
- eine lebenswerte und gewaltfreie Gemeinde anhand der verstärkten Präsenz von Polizei- und Rettungsdiensten garantieren. Auch werden wir Instrumente wie mobile Überwachungskameras konsequent einsetzen;
- Gewalt und Hetze in den sozialen Medien in Zusammenarbeit mit den zuständigen föderalen und anderen Behörden (z. B. Wegweiser Ostbelgien, Institut für Demokratiepädagogik Ostbelgien) systematisch begegnen.

SICHERHEIT – POLIZEI, RETTUNGSDIENSTE UND FEUERWEHR

Die Arbeit der der Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdienste ist von grundlegender Bedeutung für die Bevölkerung in unserer Gemeinde. Allein die Feuerwehr- und Rettungsdienste sind im Jahreszeitraum 2023-2024 1.559-mal aus der Kelmiser Kaserne ausgerückt, um den Menschen vor Ort zu helfen. Hierbei wurden vorbildliche Ausrückzeiten von rund 6 Minuten verzeichnet.

Durch ihre qualifizierten und wohnortnahen Dienstleistungen tragen die Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdienste wesentlich zur Sicherheit und dem Wohlbefinden der hiesigen Bevölkerung bei. Diese Arbeit ist bemerkenswert. Es gilt, deren wohnortnahen Fortbestand gemeinsam mit den Nachbargemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch konsequente Interventionen auf allen relevanten Entscheidungsebenen zu sichern.

Um das Sicherheitsgefühl der Menschen in der Gemeinde zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten, soll die Präsenz der Polizei vor Ort verstärkt werden. Polizeiliche Maßnahmen und positive Ansätze des gewaltfreien Zusammenlebens müssen sich gleichermaßen ergänzen (siehe auch Kapitel Zusammenleben), um die Balance zwischen Vertrauen und persönlichen Freiheiten einerseits und dem kollektiven Wohlgefühl andererseits zu halten.

In Bezug auf die Polizeizone:

- die Grundaufgaben der örtlichen Polizei stärken (Präsenz in der Gemeinde) und die Leistungen der Polizeizone möglichst hierauf konzentrieren. Wohlbemerkt sieht die Polizeigesetzgebung vor, daß sich Lokale und Föderale Polizei sowie die verschiedenen Polizeizonen im Bedarfsfall gegenseitig unterstützen;
- spezifische Leistungen der Polizeizone nach Möglichkeit in Rechnung zu stellen (z. B. Betreuung von Großveranstaltungen...). Hierbei muß es sich wohlbemerkt um Dienstleistungen handeln, die nicht zu den Grundaufgaben der lokalen Polizei gehören;

- bei den zonalen Behörden eine Übersicht mit Fünfjahresprojektionen beantragen, um die Entwicklung der Finanzen der Zone und die Entwicklung der eigenen Gemeindezuweisungen besser vorhersehen zu können;
- möglichst viele Kosten des geplanten Polizeikommissariats vom Föderalstaat tragen lassen, um die Schuldenlast der Polizeizone zu begrenzen. Beim neuen Polizeikommissariat wird es sich um ein gemischtes Gebäude handeln, in dem sowohl föderale als auch lokale Polizeibeamte in verschiedenen Gebäudetrakten arbeiten werden. Das Gelände wird der föderalen Gebäuderegie gehören. Der Föderalstaat wird die entstandenen Kosten nach gewissen Kriterien aufteilen, wie beispielsweise die Fläche, die jeder Dienst in Anspruch nimmt. Natürlich wäre es unrealistisch, anzunehmen, daß der Föderalstaat alle Kosten übernehmen wird;
- Überstunden nach Möglichkeit begrenzen.

In Bezug auf die Hilfeleistungszone

- die hochwertige und wichtige Arbeit der Hilfeleistungszone in der Gemeinde Kelmis sicherstellen. Hierzu muss eine eigene Feuerwehrkaserne aufrechterhalten werden;
- Das freiwillige Engagement bei der Feuerwehr fördern. Hierzu schaffen wir notwendige Flexibilitäten für Mitarbeiter*innen der gemeindeeigenen Einrichtungen und prüfen die Einführung unter gewissen Bedingungen von Prämien für Arbeitgeber*innen, die freiwillige Feuerwehrleute beschäftigen. Auch erhalten freiwillige Feuerwehrleute kostengünstigeren Zugang zu Dienstleistungen der Gemeinde;
- die wertvolle Arbeit der Jugendfeuerwehr unterstützen;
- die angemessene Verfügbarmachung föderaler Zuweisungen für die Hilfeleistungszone einfordern;
- notwendige Investitionen priorisieren (z. B. Heizung Kaserne), um die zukünftigen Schuldenlasten zu begrenzen;
- auf die Indexierung der Tarife für gebührenpflichtige Leistungen der Zone achten;
- gewisse Dienstleistungen der Hilfeleistungszone, die auch durch private Anbieter erbracht werden können, in Rechnung stellen;
- Kooperationen zwischen den Kasernen der Hilfeleistungszone und mit den Gemeindediensten fördern (z. B. Straßenreinigungen, Wartung von Fahrzeugen, usw.).

TOURISMUS

Der Tourismus stellt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Dreiländereck einen wichtigen, im Aufschwung befindlichen Wirtschaftszweig dar. Im Jahr 2023 übernachteten mit 239.404 Ankünften so viele Gäste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wie nie zuvor. Mit 2.076 Ankünften stellt die Gemeinde Kelmis hier derzeit das Schlusslicht dar.

Für unsere Gemeinde gilt es, den ostbelgischen Trend vor Ort abzubilden und relevante Marktsegmente nach Möglichkeit zu besetzen (z. B. Rad- und Wandertourismus).

Insbesondere die Kelmiser Zink- und Neutralitätsgeschichte stellt weltweite Alleinstellungsmerkmale dar, die über weitreichende und bisher unausgeschöpfte Vermarktungspotenziale verfügen.

Darüber hinaus wurde die Deutschsprachige Gemeinschaft 2022 Eigentümerin der Hergenrather Eyneburg. Unmittelbar danach wurden notwendige Instandsetzungsmaßnahmen eingeleitet und ein externer Investor für den künftigen Betrieb

der Burg gewonnen. Die Eyneburg gehört zu den wertvollsten Kulturdenkmälern unserer Gemeinde und Ostbelgiens. Wir begrüßen daher sehr die aktuellen Entwicklungen und wollen diese als Gemeinde frühzeitig aufgreifen.

Im Bereich Tourismus werden wir:

- das touristische Angebot in der Gemeinde in Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden in der DG, der Wallonie und im benachbarten Ausland kohärent weiterentwickeln. Hierzu werden wir eine Tourismusstrategie 2.0 vorlegen. Hierbei werden wir insbesondere die bemerkenswerten touristischen und wirtschaftlichen Potenziale der Eyneburg berücksichtigen;
- in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden interessante und schöne Wander- und Fahrradrouten ausarbeiten, beschildern und digital abbilden;
- den Fahrradverleih ausbauen, um sowohl Einheimischen als auch Touristen eine nachhaltige Mobilitätslösung anzubieten;
- die Ruhr und den Casinoweiler touristisch aufwerten;
- die Orteingänge attraktiver gestalten;
- die Zusammenarbeit mit der Tourismusagentur Ostbelgien ausbauen, um an supralokalen Trends und Entwicklungen frühzeitig teilzuhaben und diese für die Gemeinde zu nutzen;
- gemeinde- und grenzüberschreitende Tourismusangebote mit den Gemeinden Plombières, Lontzen, Raeren, Vaals und Aachen konzipieren und umsetzen;
- weiterhin nach privaten Investoren zur Aufwertung des Parkcafés suchen. Hierzu wollen wir die Projektentwicklung rund um die Eyneburg gezielt nutzen;
- den Wohnmobilparkplatz auf dem Koul-Gelände aufwerten;
- den Ravel-Weg hinsichtlich eines respektvollen Miteinanders von Radfahrern und Fußgängern ausschildern;
- ein Botschafterprogramm für Touristen, die Kelmis besucht haben und in ihrem Umfeld darüber reden möchten, ausarbeiten.

In Bezug auf das Museum Vieille Montagne

- Führungen auf Platt anbieten;
- das Museum Vieille Montagne verstärkt als lokalhistorische Anlaufstelle und Zentrum der Bergwerksgeschichte positionieren und angesichts der einzigartigen Alleinstellungsmerkmale der Lokalgeschichte vermarkten. Hierzu wollen wir relevante Förderquellen akquirieren;
- die lokale Bergwerks- und Neutralitätsgeschichte in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Regionalgeschichte Ostbelgien und qualifizierten wissenschaftlichen Instituten aufarbeiten. Hierzu wollen wir Fördermittel z. B. in Form von Stipendien bereitstellen;
- den Personalaufwand im Zusammenhang mit den Besucherzahlen des Museums zu optimieren;
- Aufgrund der Besucherstatistiken die Zugangszeiten einschränken und die Öffnungszeiten/-tage in Verbindung mit der Besucherzahl anpassen.
- thematische Ausstellungen/Veranstaltungen und die Einnahmen durch Animationen erweitern.



In Bezug auf das Park Hotel

Das Park Hotel gehört zu den lokalhistorischen Herzstücken der Gemeinde. Prinzipiell gilt für uns der Wunsch, dieses aufzuwerten und einer tragbaren Aktivität zuzuführen. Der Betrieb des Park Hotels ist jedoch seit dessen Neueröffnung 2016 akut defizitär. Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Gemeinde ist deshalb unabdingbar, die aktuelle Betriebsstruktur als Aktivitätszweig der Autonomen Gemeinderegierung kritisch zu hinterfragen.

Wir werden daher:

- nach neuen Marktpotenzialen insbesondere in Verbindung mit den Angeboten des Museums Vieille Montage suchen;
- die Möglichkeit einer Partnerschaft mit einem privaten Betreiber oder einer vollständigen Übertragung der Hoteltätigkeit prüfen und breit diskutieren;
- die Aktivität der Raumvermietung ausbauen, indem z. B. Formeln wie „Business meetings“ angeboten werden;
- beim Verkauf von Frühstücksangeboten einen Selbstkostenpreis garantieren;
- das Hotelangebot in der Region (Deutschsprachige Gemeinschaft und angrenzende Gemeinden) analysieren und das Park Hotel in diesem Rahmen positionieren;
- Partnerschaften mit öffentlichen oder privaten Akteuren im Tourismus- oder Veranstaltungsbereich (Busunternehmen, Reisebüros, Vergnügungsparks, Veranstaltungsorganisations ...) aus Belgien und dem Ausland erwägen;
- Kooperationen mit Schulen und Ausbildungszentren im Zusammenhang mit der Tourismusförderung (Praktikanten in den Bereichen Tourismus, Hotellerie usw.) anberaumen.

GESUNDHEIT, SENIOREN UND SOZIALES

Wir engagieren uns für das Wohlbefinden und den Zusammenhalt aller Bürger*innen. Wir streben eine inklusive Lebensumgebung an, in der sich jeder wohlfühlt. Dies erfordert maßgeschneiderte Gesundheits-, Senioren- und Sozialangebote, die den konkreten Bedarfen vor Ort entsprechen. Derzeit verfügt Kelmis in diesem Bereich über angemessene und hochwertige Angebote. Dies ist jedoch kein Naturgesetz und es gilt, sich weiterhin hierfür einzusetzen.

In diesem Sinne werden wir:

- Hochwertige wohnortnahe Gesundheitsleistungen sicherstellen, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kelmiser Bürger*innen zu fördern. Dies betrifft sowohl wohnortnahe Angebote als auch die Angebote des St. Nikolaus-Hospitals Eupen, in dessen Verwaltungsrat die Gemeinde vertreten ist;
- Hochwertige Dienstleistungen im Seniorenheim Leoni und im Bereich des betreuten Wohnens sowie bedarfsgerechte ambulante Pflegeleistungen sicherstellen;
- Die Sicherheit rund um das Seniorenheim Leoni für Anwohner*innen und Besucher*innen garantieren;
- Angemessene Schneeräumdienste rund um das Seniorenheim Leoni garantieren;
- Weiterbildungen für Mandatäre anbieten, die in Bereichen Gesundheit, Senioren und Soziales Verantwortung tragen, um diese für die besonderen Belange der betroffenen Einrichtungen zu schulen;

- Die Zusammenarbeit des Seniorenheims Leoni mit der Interkommunalen Inago in den Bereichen Personal und Logistik fortsetzen;
- Synergien zwischen dem Seniorenheim Leoni und anderen Seniorenheimen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bereichen wie der Informatik, der Gefahrenverhütung, usw. anstreben;
- Den Mittagstisch für Senioren im Seniorenheim Leoni als wertvollen sozialen Treffpunkt nach Möglichkeit ausweiten;
- Kooperationen zwischen dem Seniorenheim Leoni und den Schulen in der Gemeinde, den Vereinen, usw. unterstützen, um Animationen und Ateliers für die Anwohner*innen auszubauen;
- Das Seniorenheim Leoni verstärkt als vollwertigen Bestandteil des Dorflebens integrieren;
- Abiturient*innen und junge Mediziner*innen für die Förder- und Hilfsprogramme der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Erlernung des Arztberufs und zur Einrichtung von Arztpraxen sensibilisieren (z. B. Stipendien für Mangelberufe, Aufnahmeprüfungen in deutscher Sprache, Impulseo-Fonds, usw.);
- Projekte und Maßnahmen unterstützen, die den Zusammenhalt in der Gemeinde stärken und Raum für Begegnungen schaffen, z.B. Haus der Familie, Rat für Zusammenleben, usw.;
- eine Anlaufstelle schaffen, die die Bürger*innen zu relevanten Diensten/Hilfen orientiert und Informationen bereitstellt, um die Zugänglichkeit zu Hilfsangeboten zu verbessern;
- die soziale Teilhabe von benachteiligten Kindern und Jugendlichen fördern;

INKLUSION

Alle öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen in unserer Gemeinde sollten für Menschen mit Beeinträchtigungen problemlos nutzbar sein. Allen Menschen steht das gleiche Recht zu, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Eine körperliche oder geistige Beeinträchtigung darf kein Hindernis darstellen. Um dies zu erreichen, setzen wir auf die Unterstützung und den Dialog mit Menschen mit Beeinträchtigungen.

Für die uneingeschränkte Inklusion liegt es in der Verantwortung aller politischen Entscheidungsträger, die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und bedarfsgerechte Lösungen zu erwirken. Es darf keine gewollte oder ungewollte Ausgrenzung geben. Somit sollten in allen politischen Bereichen wirksame Maßnahmen für Inklusion umgesetzt und regelmäßig evaluiert werden.

Konkret werden wir:

In Bezug auf die Dienstleistungen der Gemeinde und die Gemeindeverwaltung:

- physische oder kommunikative Hürden für Menschen mit Beeinträchtigung systematisch und vollständig abbauen;
- bei allen politischen Beschlüssen die Auswirkungen auf Menschen mit Beeinträchtigung beachten;
- in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben Schulungen/ Sensibilisierungen für das Gemeindepersonal vorsehen. In allen Bereichen der Gemeinde soll ein durchgängig inklusiver Ansatz (DIA) umgesetzt werden;
- weiterhin Zahlungen mit oder ohne Bargeld ermöglichen;
- alle zugänglichen, physischen Schalter der Gemeinde barrierefrei gestalten und verständlich ausschildern;

- Menschen mit einer Beeinträchtigung eine Begleitung zusichern, wenn sie Hilfe bei Behördengängen oder Abläufen benötigen;
- Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit geben, in den Diensten der Gemeinde einen Arbeitsplatz, Praktikum oder Studentenjob zu finden. Rekrutierungsverfahren der Gemeindeverwaltung gestalten wir weiterhin diskriminierungsfrei und bauen mögliche Barrieren für Personen mit Beeinträchtigung ab;
- für barrierefreie Arbeitsumgebungen und Arbeitsbedingungen sorgen, unter denen sich jede Arbeitskraft ihren Fähigkeiten entsprechend einbringen kann;
- in der Personalabteilung eine Person bezeichnen, die für die Eingliederung oder Wiedereingliederung und als Vertrauensperson von Arbeitskräften mit Beeinträchtigung zuständig ist;

In Bezug auf öffentliche Infrastrukturen:

- die Barrierefreiheit aller öffentlichen Infrastrukturen prüfen (Parks, Bibliotheken, Sport- und Kulturzentren, kommunale Anlaufstellen, Kreuzungen, Schulen usw.);
- einen Aktionsplan mit erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf alle Formen von Beeinträchtigung erstellen;
- in Wartebereichen und im öffentlichen Raum genügend Sitzmöglichkeiten für Personen mit eingeschränkter Mobilität bereitstellen;

In Bezug auf den sozialen Zusammenhalt:

- den Dialog mit den Bürger*innen suchen (z. B. Kommunalen Beirat), um tatsächliche Bedarfe im Bereich der Barrierefreiheit aus erster Hand zu erfassen, Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern;

In Bezug auf das Bildungswesen:

- In Zusammenarbeit mit den zuständigen Gemeinschaftsbehörden Hilfsinstrumente -bereitstellen Schulungen/Sensibilisierungen unterstützen, um die hiesigen Lehrkräfte zu einem inklusiven und diskriminierungsfreien Unterricht zu befähigen.
- alle Bildungsakteure für den Wert einer sozialen Mischung in der Klasse sensibilisieren und sie ermutigen, Schüler*innen mit einer Beeinträchtigung jedweder Form einzubeziehen. Zudem unterstützen wir unsere Schulen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Mobbing, schulischer Trennung und Bildungsungleichheit. Auch bei Sport- und Freizeitangeboten in unserer Gemeinde setzen wir uns für diese Werte ein;

In Bezug auf Mobilität und Wohnungsbau:

- sicherstellen, Maßnahmen im Bereich der nachhaltigen Mobilität in keinem Fall nachteilige Auswirkungen auf Menschen mit Beeinträchtigung haben;
- Parkplatzregelungen nach Möglichkeit verbessern und treten der landesweiten Plattform zur Digitalisierung der Parkgebühren bei, sobald sie Ende 2024 eingeführt wird;
- die Befreiung der Parkgebühren für Menschen mit Beeinträchtigung aufrechterhalten, die eine entsprechende Parkkarte besitzen fest.
- Uns für barrierefreie Bushaltestellen einsetzen;
- die barrierefreie Zugänglichkeit der Gehwege garantieren;
- eine barrierefreie Gestaltung des Wegenetzes und die Vermeidung von Stolperstellen garantieren. Insbesondere werden wir alle öffentlichen Treppen prüfen und beidseitig Geländer installieren, so dass für Personen mit einseitiger Beeinträchtigung stets ein sicherer Auf- und Abgang gewährleistet ist.

- uns für die Zugänglichkeit zu Geschäften, Praxen, Gastronomiebetrieben, ... einsetzen;
- bei der Prüfung von Städtebauanträgen für Bau-/Renovierungsprojekte von Mehrfamilienhäusern auf die angemessene Barrierefreiheit achten.

In Bezug auf die Digitalisierung:

- den Zugang zu Informationen und Formularen sowie das Einreichen von Anträgen sowohl digital als auch physisch zu ermöglichen;
- die EU-Richtlinie 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen konsequent umzusetzen.

JUGEND

Jugendpolitik ist vielschichtig und facettenreich. Sie zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg zum Erwachsenwerden zu begleiten und ihnen für ihre altersspezifischen Fragestellungen und Bedarfe wirksame Ansätze und Instrumente an die Hand zu geben. Neben dem familiären Umfeld bieten die Jugendeinrichtungen und -angebote in diesem Sinne Räume und Möglichkeiten zur Selbstentfaltung, zum Austausch mit Gleichaltrigen und zur Erprobung eigener Fähigkeiten und Interessen.

In diesem Sinne werden wir:

- die wertvolle Arbeit des Jugendanimationszentrums, der KLJ, der Jugendheime und aller relevanten Akteure vor Ort sicherstellen;
- Angebote der Deutschsprachigen Gemeinschaft (z. B. Streetwork) in Kelmis implementieren;
- punktuelle Events für Kinder und Jugendliche organisieren bzw. unterstützen;
- eine Politik des Dialogs auf Augenhöhe mit dem Sektor vor Ort führen.

SPORT UND FREIZEITANGEBOTE

Sport spielt eine bedeutende, gemeinschaftsstiftende Rolle, indem er Menschen unabhängig von Kultur und Hintergrund zusammenführt, die Gesundheit fördert und den Zusammenhalt stärkt.

Wir unterstützen diese Werte und setzen uns für die Förderung der Sportvereine sowie verschiedener Sportangebote ein. Insbesondere die Modernisierung von Sportinfrastrukturen hat im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Priorität. Unsere Gemeinde verfügt über eine herausragende Sportvereinskultur mit erfolgreichen Einzelsportler*innen und Vereinen. Gleichzeitig besteht ein Nachwuchsproblem. Daher müssen wir auch außerhalb der Vereine das Sportangebot erweitern. Das alte Schwimmbad bietet hierfür viele Entwicklungsmöglichkeiten, die wir nutzen möchten, um junge Menschen einzubinden.

Wir werden:

- die Sportvereine und -angebote finanziell und logistisch unterstützen und uns im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vorrangig der Modernisierung von Sportinfrastrukturen widmen;
- die Bedeutung des Sports als Bindemittel der Gemeinschaft und als Förderer der Gesundheit stärken und das Sportangebot in der Gemeinde breit aufstellen, um auch außerhalb der Vereine Einstiegsangebote zu schaffen;

- Die Entwicklungsmöglichkeiten des alten Schwimmbads aufgreifen und hierfür im breiten Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft neue Zweckbestimmungen sondieren;
- die Bürokratie im Sport vermindern. Durch zu hohe administrative Aufwände vergeht vielen Vorstandsmitgliedern die Bereitschaft zum Engagement. Angebote der Gemeinde (z. B. Beratung, Förderanträge, Hallenbelegung) sollen so einfach wie möglich gestaltet werden. Dies schließt auch ein, virtuelle Beratungsangebote zu schaffen, mit deren Hilfe die Vereinsverantwortlichen schnell und einfach die richtigen Ansprechpartner (LOS Ostbelgien, Ministerium, Gemeindeverwaltung, usw.) für ihr Anliegen finden;
- Seniorensportangebote unterstützen.

In Bezug auf das Schwimmbad

- Die Aktivitäten des Schwimmbads schnellstmöglich wieder aufnehmen;
- die Tarife auf der Grundlage der Besucherzahlen neu einschätzen und ggf. einen erhöhten Tarif für Nicht-Einwohner einführen;
- Kooperationen mit den Nachbargemeinden für den Betrieb des Schwimmbads anberaumen;
- den Mehrwert einer automatischen Kasse mit Anpassung des Personalbestands nach unten analysieren;
- prüfen, ob es sinnvoll ist, den Verkauf von Badeartikeln und Getränken auf eigene Rechnung zu übernehmen;
- Die Organisation der Aufsicht durch Bademeister optimieren;
- die Möglichkeit prüfen, das Schwimmbadpersonal während der Schließungszeiten für andere Aktivitäten der AGR zur Verfügung zu stellen;
- die Möglichkeit prüfen, die Temperatur der Schwimmbecken gemäß den geltenden Normen um 2 oder sogar 3 Grad zu senken. Gleichzeitig muss in jedem Fall gewährleistet sein, dass die Nutzung des Schwimmbads für Schwimmer*innen angenehm und vertretbar bleibt.

KULTUR, VEREINSLEBEN UND KARNEVAL

Unsere Gemeinde verfügt über eine weltweit einzigartige Geschichte. Hierauf wollen wir gezielt aufbauen und unsere Alleinstellungsmerkmale vermarkten.

Ebenso setzen wir auf unsere lebendige Vereinswelt, die wir nach ihren Vorstellungen und Bedarfen begleiten und unterstützen wollen. Ein besonderer Stellenwert kommt hierbei der Verfügbarkeit angemessener Vereinsinfrastrukturen in Kelmis und Hergenrath zu.

Gleichzeitig gehört der Kelmiser Karneval zu unseren Alleinstellungsmerkmalen, die wir im Einklang zwischen Vereinscharakter und überregionaler Strahlkraft weiterentwickeln möchten.

Konkret werden wir:

- eine ganzheitliche Kultur- und Folklorestrategie auflegen, die auf alle traditionellen und kulturellen Güter der Gemeinde eingeht. Unsere Gemeinde hat derart viel zu bieten, dass allen Aspekten angemessen Rechnung getragen und diese effizient verzahnt werden sollten. Dies betrifft unseren einzigartigen Karneval, die Neutralitäts- und Bergbaugeschichte, die Eyneburg, unsere schönen Wander- und Radwege, usw.

- die hiesigen Vereine finanziell und logistisch unterstützen und uns im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vorrangig der Modernisierung von Sportinfrastrukturen widmen;
- ein Festzelt anschaffen, das durch Kelmiser Vereine kostengünstig angemietet werden kann und auf Ebene der Gemeinde entsprechende Mietkosten vermeidet;
- aufgrund der erfolgreichen Erfahrungen der Gemeinde Büllingen: die Durchführbarkeit eines Crowdfunding-Projekts zur Errichtung eines neuen Dorfsaals in Hergenrath prüfen und hierbei die vor Ort betroffenen Vereine einbeziehen;
- prüfen, inwiefern wir Verwaltungsaufwände für unsere Ehrenamtlichen und Vereine senken und ihre tägliche Arbeit unterstützen können;
- die Potenziale der Eyneburg als Leuchtturm der hiesigen Kulturlandschaft ausschöpfen. Hierbei nutzen wir unsere engen Kontakte zu den Verantwortlichen der Eyne GmbH;
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für unsere reichhaltige Vereinslandschaft schaffen. Insbesondere die Harmonie Hergenrath gehört in ihrem Bereich zu den Vorzeigevereinen in ganz Belgien und darüber hinaus;
- unseren einzigartigen Karneval überregional vermarkten und hierbei neue Partnerschaften anberaumen. Gleichzeitig liegt uns daran, einen authentischen Karneval im Sinne der hiesigen Vereine vor kommerziellen Angeboten zu bevorzugen;
- eine Taskforce in Zusammenarbeit mit dem Karnevalskomitee, den Vereinsverantwortlichen und den Wirten einberufen, in der regelmäßig über aktuelle Planungen und Themen in Bezug auf den Karneval ausgetauscht werden kann.

VERWALTUNG, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND BÜRGERNÄHE

Zur Lebensqualität in einer Gemeinde gehören die Effizienz und Bürgerfreundlichkeit ihrer Verwaltung. Dienstleistungen sollten auffindbar, verständlich und leicht beziehbar sein. Zugleich müssen interne Abläufe angesichts der Gemeindefinanzen kritisch hinterfragt werden. Im Hinblick hierauf wollen wir die Effizienz der Angebote und Prozesse unserer Gemeindeverwaltung in einer Dynamik der stetigen Optimierung weiter verbessern.

Ferner geht mit der Attraktivität und Sichtbarkeit hiesiger Angebote die Bereitschaft von Investoren und Geschäftsleuten einher, sich in der Gemeinde niederzulassen und den Wohlstand vor Ort zu stärken.

In diesem Sinne werden wir:

- die Leistungen der Gemeindeverwaltung stets verbessern und optimieren;
- die hochwertigen Beratungsangebote der Gemeindeverwaltung auf Deutsch und Französisch zu jedem Zeitpunkt garantieren;
- die Barrierefreiheit aller Angebote der Gemeinde garantieren;
- das Gemeindehaus wieder ohne Termin für die Bürger zugänglich machen, eventuell zu einem oder mehreren festen Tag(en);
- Sprechstunden zwischen Bürger*innen und Vertreter*innen des Gemeindegremiums einführen;
- das Web- und Social Media-Angebot der Gemeinde weiter aufwerten, um relevante Informationen und einfache Formulare noch besser zugänglich zu machen;
- Plattformen des Standortmarketings Ostbelgien und der Euregio Maas Rhein gezielt nutzen, um auf unsere Gemeinde und ihre Angebote aufmerksam zu machen.

Siehe auch Kapitel 1: Finanzpolitik, Tierschutz



TIERSCHUTZ

Die Gemeinde ist für mehrere Themen im Bereich Tierschutz verantwortlich: Umgang mit streunenden Tieren, Umgang mit Tieren im Rahmen von Veranstaltungen, Polizeieinsätze usw. Ein effektiver Tierschutz erfordert stetige Verbesserungen.

Daher schlagen wir unter anderem vor:

- die Zuständigkeit Tierschutz einem Mitglied des Kollegiums zuzuweisen, das sich um Meldungen in Bezug auf vermeintliche Tiermisshandlung kümmert;
- unter Einbeziehung der zuständigen Verbänden und der Zivilgesellschaft eine strukturierte Tierschutzpolitik einzuführen;
- Haus- und Wildtiere besser zu schützen;
- Referenztierärzte zu unterstützen, die die notwendige Versorgung von streunenden oder wilden Tieren anbieten (Sterilisation streunender Katzen, Einfangen und dringende Versorgung streunender Tiere, ...);
- die Zusammenarbeit mit Tierheimen zu verstärken. Zwangskäufen und dem Aussetzen von Tieren besser vorzubeugen, indem Fundtiere zurückverfolgt und uneinsichtige Besitzer bestraft werden;
- Tiermisshandlungen konsequenter zu bekämpfen, indem die Besitzer zur Verantwortung gezogen werden;
- Bürgerinitiativen zur Einführung von Tierschutzmaßnahmen zu unterstützen. Hierzu sollen Regionalbeihilfen für lokale Tierschutzmaßnahmen generiert werden;
- gesetzliche Verpflichtungen in Bezug auf den Besitz von Tieren zu kontrollieren (Steuern, Chips, ...).